

# Simburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Interlehn, Interlehnau, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Werktags).  
Bezugspreis: monatlich 3.60 Mark einschl. Postbestellgeld  
oder Bringerlohn.  
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)  
Verantwortlicher Redakteur Hans Knieß,  
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Druckerei  
in Simburg a. d. Bahn.

Anzeigenpreis: die besetzte 3-Millimeterzeile oder deren  
Raum 70 Pfg. Die 91 mm breite Reklamazeile 2.10 Mk.  
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 133

Simburg, Montag, den 14. Juni 1920.

83. Jahrgang

## Die Kabinettsbildung der Linken gescheitert.

Der Schriftwechsel Müller-Erispien.

Berlin, 11. Juni. (W.T.B.) Der Reichsanwalt hat in Folge des ihm gewordenen Auftrages zur Kabinettsbildung an den Abg. Erispien von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem er ausführt: Zur Lösung der mit gestellten Aufgabe wende ich mich jetzt an die Leitung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Wahlen brachten der unabh. soz. Partei 80 Mandate und machen sie damit zur zweitgrößten Partei des künftigen Reichstages. Die Beteiligung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei an der Regierung ist deshalb das nächstliegende. In unserer jungen deutschen Republik erscheint mir die Teilnahme der unabhängigen sozialdemokratischen Partei an der Regierung aber deshalb als besonders notwendig, weil nur durch eine nach links hin verstärkte Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen Angriffe von rechts verteidigt, realistische Attentate auf den Achtundzestag und die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit abgewendet werden können und eine auswärtige Politik durchgeführt werden kann, die den republikanischen und pazifistischen Ideen der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes entspricht. Anschließend hat der Reichsanwalt Herrn Erispien zu einer Besprechung, wobei er zum Schluß auf die Dringlichkeit der Regierungsbildung wegen der in Spa zu führenden Verhandlungen hingewiesen.

Auf dieses Schreiben ist am 11. Juni nachmittags eine Antwort der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, gezeichnet Erispien, eingegangen, die folgenpermahe lautet: Sehr geehrter Herr Reichsanwalt! Im Auftrage des Zentralkomitees der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands übermittle ich Ihnen folgende Antwort auf Ihre Einladung vom 11. Juni zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern unserer Partei in die neu zu bildende Regierung: Die unabhängige Sozialdemokratie kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziele gesetzt hat und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und stärkt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat. Der Eintritt der unabhängigen Sozialdemokratie in eine solche Regierung würde eine Unterstützung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie grundsätzlich bekämpft hat und wäre eine Preisgabe ihres Programms und Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die der unabhängigen Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben für die Fortsetzung ihrer Politik der rücksichtslosen proletarischen Klassenkämpfes, mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft. Zur Erreichung dieses Zieles ist die unabhängige Sozialdemokratie zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. Trotzdem diese Partei versprochen hatte, das sozialistische Programm zur Grundlage ihrer Regierungspolitik zu machen, haben ihre Vertreter unausgesetzt eine Politik des Kompromisses mit den Vertretern der alten staatlichen Bürokratie, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus getrieben, so daß die unabhängige Sozialdemokratie gezwungen war, aus der Regierung auszutreten, um nicht mitzuschuldig zu werden bei der Wiedergeburt des Kapitalismus, des Militarismus und der von ihnen ins Werk gesetzten blutigen Gewaltspolitik gegenüber der revolutionären Arbeiterklasse. Die seitdem betriebene rechtssozialistische Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien hat dazu geführt, die wahren Machtverhältnisse zu verschleiern und die Arbeiterklasse in ihrem Vornach zu behindern. Die Erschütterung der Reaktion, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der rechtssozialistischen Kompromisspolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse und kann nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat verwirrenden und spaltenden Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundsätzliche, klare und konsequente sozialistische Politik, die die Beseitigung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt. Ergibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die unabhängige Sozialdemokratie als Übergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet. Durch diese Antwort dürfte auch nach Ihrer Überzeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein.

### Pressstimmen.

Berlin, 12. Juni. Verschiedene Blätter finden, daß die Ablehnung des Versuches, mit den Unabhängigen die Regierung zu bilden, in ziemlich bräcker Form erfolgt ist. Der Vorwärts sagt, die Unabhängigen hätten mit der Ablehnung die Bildung einer Koalition erzwungen. Ihre Begründung dieses Schrittes enthält eine Häufung von falschen Voraussetzungen und Unwahrheiten. Sie hätten ihre Bedingungen stellen können, um die Sozialdemokratie in ihrem Streben, das Steuer weiter nach links zu drehen, zu unterstützen. Die Unabhängigen erklärten auch jetzt, Deutschland ganz allein regieren zu wollen, obwohl erst am 6. Juni nur 4,8 Millionen Stimmen gegen sie abgegeben wurden, und 20,4 Millionen gegen sie und obwohl bei den Reichstagswahlen 5,5 Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben wurden gegen die 4,8 Millionen Stimmen für die Unabhängigen. Das deutsche Volk werde jetzt die Re-

gierung bekommen, die die Unabhängigen gewollt hätten, nicht die unabhängigen Wähler, die über den Erfolg ihrer Stimmenabgabe vor Erstaunen auf den Rücken fallen werden. Die „Tägliche Rundschau“ würde den Ausschluß einer arbeitswilligen Sozialdemokratie aus der Regierung für einen schweren Fehler halten. Der Sozialdemokratie ständen alle Tore offen. Wenn sie sich weigere, einzutreten, falle ihr die Verantwortung allein zu.

Wie dem Berliner Volksanzeiger mitgeteilt wird, dürfte der Reichspräsident kaum vor nächsten Sonntag einen anderen Parlamentarier mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen. Die am Sonntag stattfindende Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion bilde den Angelpunkt der Krise.

### Änderung in der Mandatsverteilung in Hessen-Nassau.

Kassel, 12. Juni. (W.T.B.) Bei der endgültigen amtlichen Feststellung des Ergebnisses im 21. Wahlkreis ergibt sich, daß das Zentrum und die Mehrheitssozialdemokraten je einen Sitz mehr erhalten, als bei der vorläufigen Ermittlung. Der Zuwachs des Zentrums gleicht sich dadurch aus, daß für das Zentrum die Aussicht auf einen weiteren Sitz durch die Wahlkreisverbindung mit dem 22. Wahlkreis (Hessen-Darmstadt) nunmehr entfällt. Der sozialdemokratische Gewinn von einem Sitz, verschafft dem Schriftsteller Gustav Hoch in Hanau ein Mandat. Den Deutschnationalen ist ein weiterer Sitz aus der Wahlkreisverbindung gesichert. Es entfallen also auf die Deutschnationalen 2 Sitze, Deutsche Volkspartei 3 Sitze, Zentrum 3 Sitze, Demokraten einen Sitz, Mehrheitssozialisten 5 Sitze, Unabhängige 2 Sitze.

### Ein Märchen über die Präsidentschaft Eberts.

Berlin, 11. Juni. (W.T.B.) Der „Volksanzeiger“ behauptet von unrichtiger Seite zu hören, der Reichspräsident Ebert gedanke nicht noch einmal für die Präsidentschaft zu kandidieren, besonders weil sich gewisse Widersprüche innerhalb seiner Partei geltend gemacht hätten. Es handelt sich bei dieser Meldung um eine reine Kombination ohne jede tatsächliche Unterlage.

### Ein amerikanischer Kredit für Fleischlieferungen.

Das Handelsministerium der Vereinigten Staaten teilt nachrichtig laut „Post“ der Zeitung, die deutsche Regierung, daß ein Kredit von 45 Millionen Dollars mit Fleischexportfirmen vereinbart worden sei und daß die sofortige Verschiffung von Lebensmitteln nach Deutschland erfolgen könne.

### Gerabsetzung der tschechischen Kohlenquote für Deutschland.

Prag, 11. Juni. Der Arbeitsminister Bedensky hat aus eigener Machtvollkommenheit die an Deutschland zu leistende Kohlenquote herabgesetzt. Er teilt für 105 000 Tonnen Steinkohle nur 180 000 Tonnen Braunkohle monatlich an Deutschland an und erklärt deshalb das Uebereinkommen für gekündigt. Die hiesige Regierung stellt darauf ihre Kohlenlieferung ein. Deutsche Delegierte sind heute zur Verhandlung hier eingetroffen.

### Ein Preis-Gesetz gegen den Wucher.

Zu der Meldung, die vor einigen Tagen veröffentlicht wurde, daß an amtlicher Stelle an eine gezielte Regelung der Preisfrage und an eine neue Verschärfung der Gesetzgebung gegen das Wuchertum gedacht wird, erfährt die „Dena“ von unrichtiger Seite: Eine Senkung der Lebensmittelpreise wird eines der ersten Gesetze sein, das von allen Parteien unterstützt, dem neuen Reichstag zugehen wird. Man denkt an normierte Friedenspreise, die vom Produzenten nicht über 15, vom Kleinhandler nicht über 30 Prozent überschritten werden dürfen. Lebensmittelschieber und Wucherer, aber auch Schieber in anderen Waren sollen außer mit hohen Strafen durch vollkommene Vermögensbeschlagnahme und Rasterung des Geschäfts, sowie Verbot des Weiterhandels bestraft werden. Wohnungswucher wird durch Eingiehung der Mieten für den Hauswirt und durch zwangsweise Verwaltung der Häuser bestraft.

### Eröffnung der Reichsschulkonferenz.

Berlin, 11. Juni. (W.T.B.) Die Reichsschulkonferenz wurde heute vormittag im großen Sitzungssaal des Reichstagesgebäudes vom Reichsminister des Innern Koch mit einer Willkommensansprache eröffnet. Der Minister wies darauf hin, daß die Konferenz der Auftakt zu der großen Gesetzgebung des kommenden Jahres für das Schulwesen sein sollte. Die Bahn sei frei zu ruhigem, besonnenem Fortschritt. Unter dem Beifall des ganzen Hauses führte er aus, daß es jetzt nicht dem leidenschaftlichen Wahlkampfzeit sei, daß zu bestimmen auf die gemeinsamen kulturellen Arbeit.

### Bedrohung des Berliner Stadtparlamentes durch Büroangestellte.

Berlin, 11. Juni. (W.T.B.) Die Büroangestellten des Magistrats versuchten gestern abend gewalttätig in das Berliner Rathaus einzudringen. Obwohl eine Abordnung der Hilfskräfte im Rathaus mit den Stadtverordneten verhandelte, wurden aufreizende Ansprachen gehalten, so daß die Menge immer unruhiger wurde, bis schließlich verhandelt wurde, daß die Stadtverordneten ihre Forderungen angenommen hätten.

### Vor der Abstimmung in Ostpreußen.

Berlin, 11. Juni. (W.T.B.) Der Deutsche Schutzbund teilt mit, die Einprüchfrist für die Abstimmungsberechtigten in Ostpreußen ist bis zum 20. Juni verlängert worden.

Stimmberechtigten, welche bis zum 15. Juni den Wahlausweis noch nicht erhalten haben, tun gut, unverzüglich bei der Abstimmungskommission ihres Geburtsortes Einspruch zu erheben.

### Widerstand gegen das Dänentum in Schleswig.

Sonderburg, 11. Juni. (W.T.B.) Die Stadtvertreter lehnten mit 13 gegen 8 Stimmen den Antrag von dänischer Seite auf Bewilligung von zwanzigtausend Kronen für die Ausschmückung der Stadt anlässlich des Besuchs des dänischen Königs ab. — Der Generalausstand dehnte sich in der ersten Zone auch auf die Zeitungsbetriebe aus, so daß die Zeitungen nicht mehr erscheinen. Die internationale Kommission wies neuerdings zehn Streikende aus Sonderburg aus und schaffte sie nach Flensburg, ihre Familien erhielten Befehl, bis Sonntag das Gebiet der ersten Zone ebenfalls zu verlassen.

### Salzburg erstreckt den Anschluß an das Deutsche Reich.

Wien, 11. Mai. (W.T.B.) Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, faßte der Landtag gestern folgenden Beschluß: Der Landesrat wird beauftragt, den Anschluß an Deutschland bzw. an Bayern nach wie vor energisch weiter zu verfolgen. Es wurde getrennt abgestimmt. Die Worte „bzw. an Bayern“ bildeten den zweiten Antrag, der ohne die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde. Die sozialdemokratische Partei kennzeichnete ihren Standpunkt dahin, daß sie nur für den Anschluß der ganzen Republik an das Deutsche Reich und nicht für länderweisen Anschluß eintrete.

### Ausfahrungen bei Krupp.

Essen, 11. Juni. (W.T.B.) Am 9. Juni, nachmittags, zogen mehrere hundert Arbeiter vor das Verwaltungsgebäude der Kruppischen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen und suchten Lohnnachbesserungen zu erzwingen. Die Verwaltung erklärte, hierüber nur mit dem Betriebsrat verhandeln zu können. Die Menge legte nach einigen Reden ihrer Führer sofort das gesamte Werk still. Die Arbeitswilligen wurden aus den Werkstätten vertrieben und die Ausführung von Notstandsarbeiten mit Gewalt verhindert. Es kam zu Ausschreitungen und Mißhandlungen. Der Betriebsrat der Hütte war von der Aktion nicht verständigt worden und vermochte bisher wenig Einfluß auf die Tumultanten auszuüben. Der Schaden rechnet schon jetzt nach Millionen, denn infolge der gewalttätigen Verhinderung der wichtigsten Notstandsarbeiten konnten ausreichende technische Vorkehrungen, wie sie beim Einstellen von Hütten nötig sind, nicht getroffen werden. Daher ist auch, wenn die Hütte wieder zum Arbeiten kommt, die Inbetriebnahme im alten Umfang auf längere Zeit und die Weiterbeschäftigung der vollen Belegschaft unmöglich.

Essen, 12. Juni. Dem Betriebsrat ist es gelungen, die Arbeiterschaft der Friedrich-Alfred-Hütte zu beruhigen. Eine Abstimmung ergab eine Mehrheit gegen den Streik.

### Mafregelung durch die Franzosen.

Breslau, 11. Juni. (W.T.B.) Aus Gleiwitz wird gemeldet: Der Bürgermeister Dr. Gehlert erhielt von dem hiesigen französischen General den Auftrag, über die Vorgänge von Donnerstag nacht auf der Großen Mühlstraße seinen Bericht nach Berlin zu erstatten, ferner die Genehmigung zu der am Freitag einberufenen Massenversammlung im Stadtpark, in welcher energischer Protest gegen das Gebahren der französischen Soldaten erhoben werden sollte, nicht zu erteilen. Trotz Strafandrohung hatte er diesem Befehl mit der Begründung nicht entsprochen, daß zur Erteilung eines solchen Verbotes die Franzosen allein nicht befugt seien, es sei vielmehr eine Entschließung der Wafferten erforderlich, wozu auch die Engländer, Amerikaner und Italiener gehörten. Er ist deshalb seines Amtes heute vormittag enthoben worden. Leiter der Stadtgemeinde ist da der Oberbürgermeister nachgeurlaubt ist, Stadtrat R. Joenel.

### Aufhebung des Belagerungszustandes in Deutsch-Polen.

Polen, 11. Juni. (W.T.B.) Deutsch-Polnischer Pressedienst. Der Minister für die ehemals preussischen Teilgebiete hat den Belagerungszustand für die neu übernommenen Länder, die jenseits der Demarkationslinie lagen, und den Ausnahmezustand in dem 20-Kilometer-Streifen längs der deutsch-polnischen Kampflinie aufgehoben.

### Eine Konferenz zwischen Mitterand und Lloyd George.

Amsterdam, 11. Juni. (W.T.B.) Nach einer Londoner Meldung ist für den 2. Juli eine Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Mitterand in Brüssel als Vorbereitung für die Konferenz in Spa vereinbart worden.

### Austritt des österreichischen Kabinetts.

Wien, 11. Juni. (W.T.B.) Staatskanzler Renner überreichte heute mittag dem Präsidenten Seid die Demission des Gesamtkabinetts. Der Präsident nahm die Demission entgegen und beauftragte die scheidende Regierung, unter dem Vorsitz des bisherigen Staatskanzlers Renner mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte.

### Giolitti italienischer Ministerpräsident.

Rom, 11. Juni. Der König hat Giolitti mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Giolitti hat den Auftrag angenommen. — Damit kehrt die machtvollste Gestalt in der neuerzeitlichen politischen Geschichte Italiens aus Rom zurück. Giolitti, heute 77-jährig, war der eifrigste Gegner des Eintritts Italiens in den Weltkrieg. Seine Ueberzeugung hat ihn in den Entscheidungstagen im Mai 1915 in



dauernde Lebensgefahr gebracht. Giolitti gilt bei vielen als ein ausgesprochener Deutschfreund. Diese Ansicht trifft nicht ganz die Wahrheit, Giolitti hat nur vor dem Kriege den engen Anschluß Italiens an die deutsche Politik für die seinem Lande zuträglichsten gehalten. Er ist ein hellhöriger Politiker, dessen Fähigkeiten die Anerkennung der ganzen Welt erfahren. Man darf annehmen, daß die Politik, die er befolgen wird, sich besonders der Festigkeit der inneren Verhältnisse in Italien zuwenden wird. Seine Außenpolitik dürfte die Fortsetzung der Politik Rittis bedeuten, der für eine Ausföhrung des Versailler Vertrages in vernünftigen Sinne eintrat. In Frankreich ist Giolitti ein mit allgemeinem Haß bedachter Name.

### Die kritische Lage der Italiener in Albanien.

Paris, 11. Juni. (W.T.B.) Ein Telegramm aus Valona an den „Temp“ vom 9. Juni bezeichnet die dortige Lage als stationär. Die Stadt sei von Rebellen umzingelt, die bis auf 2 Kilometer herangekommen seien und die von den italienischen Truppen verlassen Stellungen besetzt hätten. Der italienische Befehlshaber habe Verteidigungsstellungen anlegen lassen. Die Patrouillen und Herädrer im Hafen beschützen die Stadt. Man erwartet ein Kreuzergeschwader. Der „Temp“ fügt der Meldung hinzu, daß zwischen Essad Pascha und der Belgrader Regierung ein Abkommen zustande gekommen sei. Danach wolle Essad Pascha seinen ganzen Einfluß in Albanien für Jugo Slawien verwenden, das seinerseits die Unabhängigkeit Albaniens schützen und Essad Pascha zum Gouverneur auf Lebenszeit ernennen würde. Nach Essads Ableben würden seine Rechte auf den albanischen Thron auf Jugo Slawien übergehen.

### Zumutungen im tschecho-slowakischen Parlament

Prag, 11. Juni. (W.T.B.) Im Abgeordnetenhaus kam es gestern während der Rede des slowakischen Abgeordneten Juriga zu großen Tumulten. Juriga kritisierte scharfsteins die tschechische Vorherrschaft und erklärte, daß keine Partei auf Grund des Pittsburger Vertrages auf einer weitgehenden Autonomie für die Slowakei bestuhe und daselbe auch für Böhmen, Mähren und Schlesien verlangen. Die Bemerkung des Redners, daß eine tschecho-slowakische Sprache nicht bestehe, tief einen nicht enden wollenden furchtbaren Lärm hervor. Der Vorwurf des Hochverrats, den man gegen seine Partei erhebe, wäre eher an die Adresse höherer Stellen zu richten, welche den Pittsburger Vertrag unterschrieben hätten und der auch gehalten werden müsse.

Prag, 10. Juni. (W.T.B.) Der gestern von dem Abgeordneten Juriga in seiner Rede erwähnte Pittsburger Vertrag ist das 1918 von Masaryk und anderen tschechischen Vertretern mit der amerikanischen Regierung geschlossene Uebereinkommen, das den Tschechen vollständige Autonomie zusagte.

### Polnische Erfolge gegen die Russen.

Kopenhagen, 11. Juni. Nach einem Telegramm aus Warschau berichtet der polnische Generalstabsbericht: Zwischen Dänemark und der oberen Berezina brach die polnische Gegenoffensive in schweren Kämpfen den Widerstand des Feindes. Es kam zu einem Ausgleich der Front, so daß die Kämpfe jetzt wieder in dem Gebiet stattfinden, wo die bolschewistische Offensive ihren Ausgangspunkt genommen hat. In den letzten Kämpfen erlitt der Feind bedeutende Verluste. Die 12., 18. und 53. bolschewistische Division wurde vollständig aufgelöst. An der Duna versuchte der Feind Widerstand in starken eingemauerten Stellungen, wie vom Kriege herkommen, zu leisten. Beim Brückenkopf Riew, jenseits des Dnepr, sprengten polnische Abteilungen dort vereinigte bolschewistische Streitkräfte ausmader und machten eine Anzahl Gefangener. Sie erbeuteten Maschinengewehre und zwei schwere Geschütze. Zwischen Dnepr und Dnepr machten die polnisch-ukrainischen Truppen bedeutende Fortschritte. Polnische Abteilungen besetzten die Stadt Dumas.

### Reise des Obersten House nach Europa.

Paris, 11. Juni. Oberst House tritt eine Reise nach Europa an. Er wird einer dringenden Aufforderung europäischer Staatsmänner folgen, die sich darüber beunruhigt fühlen, daß der Abstand zwischen Amerika und ihren Heimatländern sich täglich erweitert. Oberst House wird England, Frankreich, Belgien, Deutschland, Polen und die Tschecho-Slowakei besuchen.

## Die Söhne des Senators.

Novelle von Theodor Storm.

(Nachdruck verboten.)

Christian Albrecht lächelte; über zugleich stülzte er den Kopf in seine Hand. „Na freilich, das ist er; das war er schon als kleiner Knabe; ich und das Rindernädchen ganzten dann um ihn herum und sangen: „Der Bod, der Bod! D jemine der Bod!“ bis er zuletzt einen Regel oder ein Stüd von seinem Bauholz ergriß und damit nach unserm Köpfchen warf. Am liebsten warf er noch mit seinem Bauholz! Aber Christindchen — wenn's Herz nur gut ist?“ „Nicht wahr?“ rief die hübsche Frau und sah ihrem Mann mit lebhafter Zärtlichkeit ins Antlitz. „Ein gutes Herz hat unser Friedrich; und deshalb — ich meine, du könntest zu ihm gehen; du bist kein Trostlopf, Christian Albrecht, du hast es leichter in der Welt!“

Der Senator streichelte sanft die geröteten Wangen seiner Geliebten. „Was ich für eine kluge Frau bekommen habe!“ sagte er nedend.

„Et was, Christian Albrecht, sag' lieber, daß du zu deinem armen Bruder gehen willst!“

„Arm, Christindchen? — Eine sonderbare Armut, wenn einer alles Recht für sich allein verlangt! Aber du sollst doch einer Willen haben; heut abend oder schon heute nachmittag —“

„Warum nicht schon heut vormittag?“

„Nun, wenn du willst, auch heute vormittag!“

„Und du bist vernünftig und gibst nach?“

„Das heißt, ich gebe ihm den Garten?“

„Sie nicht? „Wenn es sein muß! Doch lieber, als daß ihr im Zorne auseinandergeht!“

„Und, Christindchen, unsere Kinder? Sollen sie mit den Säugern hier auf dem engen Steinhof laufen?“

„Ach, Christian Albrecht!“ und sie fiel ihm um den Hals und sagte leise: „Wir sind so glücklich, Christian Albrecht!“

Während bald darauf der junge Kaufherr über den Fluß nach seinen Geschäftsräumen im Hinterhause schritt, hatte im Wohnzimmer seine Frau sich in das Fenster

## Das Reichsnotopfer.

Der Reichsminister der Finanzen gibt in einem Erlass vom 20. Mai 1920 folgendes bekannt: Es hat dem Anschein, als ob in weiten Kreisen der Bevölkerung noch nicht mit der Tatsache gerechnet wurde, daß das Reichsnotopfer, die große Abgabe vom Vermögen nach dem Gesetze vom 31. Dezember 1919, demnächst veranlagt und erhoben werden muß. Betsach ist die Meinung verbreitet, je nach dem Ausfall der Wahlen zum Reichstag werde das Gesetz wohl wieder zurückgenommen werden. Nichts versteht mehr gegen die Erkenntnis der Lage, in der sich das deutsche Reich befindet; die durch das Reichsnotopfer aufzubringenden Beträge braucht das Reich so notwendig, daß von einer Nichtausföhrung des Gesetzes gar nicht die Rede sein kann, mögen die Wahlen ausfallen wie sie wollen. Wer sich also durch derartige Ideen davon abhalten läßt, schon jetzt mit der Zahlung zu beginnen; obgleich er dazu in der Lage wäre, der geht fehl; außerdem schädigt er damit nicht allein das Reich, das bekanntlich weiterer Mittel dringend bedarf, sondern auch sich selbst.

Daß sich der zahlungsfähige Steuerpflichtige, wenn er mit der Zahlung säumig ist, selbst schädigt, ergibt sich daraus, daß das Reichsnotopfer schon vom 1. Januar 1920 an bis zum Zahlungstage mit fünf vom Hundert jährlich verzinst werden muß, also von Tag zu Tag wächst, besonders aber auch daraus, daß der Säumige der besonderen Vorteile oder Vergünstigungen verlustig geht, die das Gesetz den Steuerpflichtigen eingeräumt hat, je bis zum 31. Dezember 1920 und besonders vor dem 1. Juli 1920 bar bezahlen. Wer nämlich bis zum 20. Juli 1920 Barzahlungen leistet, braucht für je 100 Mark nur 92 Mark hinzugeben, wer vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 bar bezahlt, für je 100 Mark immerhin nur 96 Mark.

Wieviel seine Vermögensabgabe ungefähr ausmacht, das kann jeder nach dem Tarif, der in § 24 des Reichsnotopfergesetzes enthalten ist, selbst ausrechnen, wenn er nur weiß, welches Vermögen er am 31. Dezember 1919 gehabt hat. Davon bleiben 5000 Mark, bei Ehegatten regelmäßig 10 000 Mark und wenn zwei oder mehr Kinder da sind, für das zweite und jedes weitere Kind je weitere 5000 M. steuerfrei; der Rest des Vermögens ist zu versteuern. So viele Kinder da sind, soviel mal 50 000 Mark dieses Restes sind mit 10 vom Hundert zu versteuern, der Ueberschuß endlich nach dem Hundertsatz, der für den ganzen genannten Rest nach dem Tarif anzusehen ist.

Hat zum Beispiel ein verheirateter Steuerpflichtiger mit fünf Kindern ein Vermögen von 300 000 Mark, so hätte er zu rechnen: steuerfrei sind für Mann, Frau und vier Kinder 6 mal 5000 ist 30 000 Mark. Vom Rest mit 270 000 Mark sind 5 mal 50 000 ist 250 000 Mark zu 10 vom Hundert, also mit 25 000 Mark zu versteuern, die überschüssenden 20 000 dagegen zu dem Hundertsatz, der nach dem Tarif einem Vermögen von 270 000 Mark entspricht, das heißt zu 14.81 vom Hundert, also mit 2962 Mark. Die Vermögensabgabe dieses Mannes beläuft sich sonach auf 25 000 und 2962 = 27 962 Mark; sie muß vom 1. Januar 1920 an mit 5 v. H. jährlich verzinst werden. Durch Bezahlung vor dem 1. Juli 1920 kann der Steuerpflichtige 279 mal 8 = 2232 Mark ersparen.

Für die Gesellschaften beträgt die Steuer schlechthin 10 vom Hundert des Reinvermögens nach Abzug des eingezahlten Grund oder Stammkapitals, für die juristischen Personen anderer Art und Vermögensmassen 10 v. H. ihres gesamten Vermögens nach Abzug der Schulden. Sie werden daher noch leichter als die natürlichen Personen in der Lage sein, die Steuer selbst zu berechnen.

Vom Finanzamt hier wird dazu folgendes bemerkt: Vorauszahlungen in bar auf das Reichsnotopfer werden von allen Reichsbankanstalten sowie für die Steuerpflichtigen im Finanzamtsbezirk Limburg von der Kreiskasse (Abteilung Finanzkasse) hier, Parstraße, entgegengenommen.

Bei Zahlungen an die Kreiskasse hat sich der Steuerpflichtige zunächst an das Finanzamt hier, Obere Grabenstraße 1 zu wenden.

### Der Einkommensteuer-Abzug vom Arbeitslohn.

Berlin, 11. Juni. (W.T.B.) Um irrigen Auffassungen zu begegnen, sei darauf hingewiesen, daß jeder Arbeitslohn, der am 25. Juni 1920 zur Auszahlung gelangt, dem zehnprozentigen Abzug zur Einkommensteuer unterliegt und zwar auch dann, wenn er auf einen vor dem 25. Juni liegenden Zeitpunkt entfällt. Wenn also beispielsweise für die Lohnwoche vom 21. bis 26. Juni 250 Mark Arbeitslohn ausgezahlt

geheht, an einem möglichst kleinen Häubchen stridend, schaute sie über die Straße nach dem gegenüberliegenden Nachbarhause, mehr nur, wie es schien, um bei dem inneren Gedankenaustausch doch irgendwohin die Augen zu richten. Jetzt aber sah sie Frau Antje Wöllern in Futterhemd und Schürze über die Straße schreiten und mit der Frau Rachbarin Tiplen, die soeben auch aus ihrem Hause trat, sich auf eine der steinernen Bellsäulbänke setzen. Frau Antje Wöllern war die Erzählende, wobei sie sehr vergnügt und triumphierend ausfas und mehrmals mit einer schwerfälligen Bewegung ihres diden Kopfes nach dem elterlichen Hause ihres Herrn hinüberwinkte. Frau Rachbarin Tiplen schlug zuerst ihre Hände, wie vor Staunen, flastend ineinander; dann aber nickte sie wiederholt und lebhaft; auch ihr schienen die Dinge, um die es sich handelte, ausnehmend zu gefallen; und bald, während das eifrigste Wechselgespräch im Gange war, zuckten und deuteten die Köpfe und Hände der beiden Weiber in keineswegs respektvoller Gebärde nach dem altherwürdigen Kaufmannshaus hinüber.

Die junge Frau am Fenster wurde denn doch aufmerksam: die da drüben waren nicht eben ihre Freunde; der einen — das wußte sie — war es zugetragen worden, daß sie Herrn Friedrich Jovers abgeraten hatte, ihre mauldreiste Personage in sein Haus zu nehmen; der anderen hatte sie einmal ihre große Tortenpfanne nicht leihen können, weil sie eben beim Kupferförmied zum Käsen war.

Unwillkürlich hatte sie die Arbeit sinken lassen: was mochten die Weiber zu verhandeln haben?

Aber die Unterhaltung drüben wurde unterbrochen. Von der Hafenstraße herauf kam der kleine bewegliche Advoat, Herr Siebert Sönksen, den sie den „Goldenen“ nannten, weil er bei feierlichen Gelegenheiten es niemals unter eine goldbrokatene Weste lat, deren unmäßig lange Schöße fast seinen ganzen Leib bedeckten. Eilig schritt er auf die beiden zu, richtete, wie es schien, eine Frage an Frau Antje Wöllern und schritt, nachdem diese mit einem Kopfnicken beantwortet worden, lebhaft, wie er herangetreten war, quer über die Gasse nach Herrn Friedrichs Hause zu.

„Hm,“ kam es aus dem Munde der jungen Frau, „der Goldenen? Gehört der auch dazu? Was will denn der bei unserem Bruder Friedrich?“

wurden, so sind 10 Prozent von den ganzen 250 Mark für den Juni ausgezahlt worden, so unterliegen die ganzen 1000 Mark dem Abzug.

## Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 14. Juni 1920.

Die Ausschreibung zu der Jubiläumregatta des Limburger Rudervereins 1884 e. V. (10. Regatta des Lahn-Ruder-Verbandes) 25. Juni 1920 auf der Lahn bei Limburg ist jetzt erfolgt. Es kommen im ganzen 15 Rennen zum Austrag, darunter drei Rennen für Achter, 10 für Vierer und zwei für Einer. Im Rheinbrosch-Gedächtnis-Bierer, dem Lahn-Jubiläumsvierer und dem Lahnachter werden sich die Vereine von der Lahn treffen. Die reiche Preisliste läßt eine rege Beteiligung bei allen Rennen vermuten, so daß die Regatta zu einem hervorragenden sportlichen Ereignis zu werden verspricht. Eventuell wird von Ausfahren der Borrennen außer dem Sonntag Vormittag auch der Samstag Nachmittag herangezogen werden.

Die Mieterschutzbestimmungen, welche am 31. 12. d. Js. außer Kraft treten sollten, sind über diesen Zeitpunkt hinaus auf unbestimmte Zeit verlängert. Diese Regelung dürfte Mietern und Hausbesitzern zur Richtschnur dienen und dadurch manche Unstimmigkeit zwischen beiden Parteien von vornherein verhüten.

— Besitzwechsel. Herr Eisenbahnschreiner (Wohnbauer) Wilhelm Aulmann hier verkaufte sein Wohnhaus Schwanburgerstraße hier für 45 000 Mark an Herrn Schmidt aus Sed. Der Verkäufer selbst erwarb von Herrn Mühlenberg in Diez eine Mühle im Dambachthal (Gemarkung Langenscheid) mit 8 Morgen Acker, Wiesen und Waldflächen für 25 000 Mark. Herr Aulmann eröffnet in der seit mehreren Jahren stillstehenden Mühle wieder den Betrieb.

— Goldenes Arbeitsjubiläum im Staendienst. Am Samstag vollendete der Dreher Herr J. Diesendach hier, eine 50jährige Dienstzeit in der Eisenbahnhauptwerkstätte Limburg der Staatseisenbahnverwaltung, Abteilung mechanische Dreherei. Dieses gab den Vorgesetzten und Mitarbeitern des Jubilars Veranlassung, ihm in würdiger Weise eine Ehrenföhrung zu bereiten. Die Werkstätte war schon mit Blumen und Fahnen geschmückt, aus welchen die goldene Zahl 50 hervorleuchtete. Im weiteren Kreise hatten sich die Werksstattbediensteten um den verdienten Arbeitsgenossen geschart. Der Vorstand des Werksstatenamts Limburg, Regierungs- und Bauamt S. o. n. begrüßte und beglückwünschte zunächst den treuen Alten. Er lobte dessen vorbildliche Pflichttreue in der langjährigen Arbeitszeit hervor und gab hierbei der Föhrung Ausdruck, daß die Eisenbahn nach den Wirnissen der Kriegszeit sich wieder aufschwingen möge zur festen Grundlage für unser Verkehrsleben. Dazu bedürfte es der gewissenhaften Mitarbeit aller Beteiligten. — In einem besonders ehrenden Glückwünschruf seitens des Reichseisenbahn-Ministeriums und der Eisenbahndirektion Frankfurt wurde der verdienstvollen Arbeit der Herrn Diesendach Dank und Anerkennung gesollt. Der Werksstaten-Sängerchor (Dirigent Herr Werführer Deindach), schloß die Feier durch erbeudende Gefänge. Werksstaten-Müller als nächster Vorgesetzter des Jubilars, die Ingenieure und andere Werksstattbediensteten, übermittelten herzlich Glückwünsche; ebenso der Arbeiterausschuß durch seinen Vertreter Dreher Hied und der Eisenbahnerverband durch dessen Vorsitzenden Hirsch Schmitt. Besonders freundlich begrüßte auch die Mitarbeiter aus der mechanischen Dreherei durch den Dreher Groß ihren Arbeitskollegen, welchem sie als Angehörigen einen Ruheföhrer und andere feinsie Geschenke überreichten. Ein größeres, von Ernst und Humor getragenes Glückwünschegebid, verfaßt und vorgetragen namens der Bürokanzlei von A. von der Hentz rührte und erfreute den alten Herrn sichtlich. Zu seinen Ehren erklangen mehrfach draußende Föhrer. In bewegten Worten dankte er zum Schluß allen herzlich für die erwiesene Föhrung. Sein Hoch galt der Eisenbahndirektion und der Reichseisenbahn.

Marburg 12. Juni. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge findet die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die 14 Marburger zeitfreiwilligen Studenten gegen die aus Anlaß der Erschießung von 15 Thaler Bürgern während der Märzunruhen in Thüringen Anklage wegen Tödtungs erholten worden ist vom 15. bis 18. Juni in Marburg statt.

Die hervorragenden Eigenschaften des Herrn Siebert Sönksen waren bekannt genug: er jagde wie ein Trüffelschwein nach verborgenen liegenden Prozessen und galt für einen findigen Geistes und höchst bewußtlichen Gegenpart aus den einfachsten Rechtsstreitigkeiten. Im übrigen wußte er, nach welcher Seite hin sein Vorteil lag, ebenso wie ein laubender Vergleich zustande zu bringen, als einen schätschen Prozeß durch alle Instanzen hindurchzuführen.

Die Frau Senatorin war aufgestanden; sie mußte das zu ihrem Christian Albrecht, um seine Meinung über die Dinge einzuholen! Allein, da trat die Adöchin in das Zimmer, ein altes Inventariestüd aus dem schwiegerschlichen Nachlaß, eine halbe Respektsperson, die nicht so leicht zu weichen war. Die junge Frau mußte ihr Hausgallungsbuch aus der Schatulle nehmen; sie mußte notieren und rechnen, um dann die näheren Positionen der heutigen Kuchensampagne mit der künftigen Alten festzustellen.

Hinten in der vorderen Schreibstube saßen indessen der alte Friedeböhm und ein jüngerer Kaufmannsgeselle sich dem schweren Toppelpulte gegenüber. Es gab viel zu tun heute, denn die Brigg „Eschada Fortuna“, welche der Herr Herr nach seiner alten Ehefrau getauft hatte, lag zum Wöhrer fertig draußen auf der Reede. „Mische Peters,“ sagte der Buchhalter zu seinem Gegenüber, „wir müssen noch einen Vichter haben; ist Er bei Kapitän Raderen gewesen?“

Aber bevor der junge Mensch zur Antwort kam, wurde an die Tür geklopft, und ehe noch ein „Herein“ erfolgen konnte, stand schon der goldene Advoat am Pulte und lag seine Hand vertraulich auf den Arm des alten Mannes. „Der Herr Prinzipal ist in seinem Kabinette, Herr Friedeböhm.“ Er fragte das so zärtlich, daß der Alte ihn höchst erbaulich anah; denn dieser Mann war nicht der betraute Schwalter des Hauses. Deshalb gedachte er eben von seinem Bod herabzutritteln, um ihn selber bei dem Herrn Senator anzumelden; aber Herr Siebert Sönksen war schon nach flüchtigem Anpochen in das Privatkabinett des Prinzipals hineingeschlüpft.

(Fortsetzung folgt)



Fe. Geinsheim, 11. Juni. Am Wahltag erschien die Landwirtsch. Genossenschaft mit „Ihre 2. Bau“ an der Wahlurne. Der jüngste Bus zählt 70, der älteste 76 Jahre, während sie selbst im 96. Lebensjahre steht.

Fe. Aus der Pfalz, 11. Juni. Die ganze Schuhindustrie ist nunmehr vorerst auf vier Wochen eingestellt worden. Ein großer Teil der Arbeiter ist als entlassen zu betrachten. Die Kurzarbeiter werden teilweise beschäftigt. In der letzten Woche wurden für Erwerbslose 89 500 M. ausbezahlt.

## Letzte Nachrichten.

### Der mißglückte Versuch eines Kabinetts Heintze.

Berlin, 13. Juni. (W.B.) Der Reichspräsident lud heute vormittag den Abgeordneten Dr. Heintze, den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, zu einer Besprechung und übertrug ihm im Laufe der Unterredung die Bildung des neuen Kabinetts. Dr. Heintze hat den Auftrag angenommen.

Berlin, 13. Juni. (W.B.) Der Reichsminister für den öffentlichen Verkehr hat heute abend dem Abgeordneten Dr. Heintze offiziell mitgeteilt, daß die Mehrheitsfraktion nicht in der Lage sei, sich an einer durch den Zutritt der Deutschen Volkspartei erweiterten Koalition zu beteiligen. Heintze hat daraufhin den Antrag zur Bildung eines Kabinetts in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt.

### Katholische Gemeinde.

Dienstag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Friedrich Kimmelsheim und seine beiden Ehefrauen, um 1 1/2 Uhr im Dom feierl. Jahramt für Albert Henninger und seine verstorbenen Kinder; um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Stefan Keller und seine Familie.

Mittwoch 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Pfarrer H. H. H. 7 1/2 Uhr im Dom Amt nach Meinung. 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Adam Zimmermann seine Ehefrau Anna geb. Geisel und Angehörige.

Donnerstag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Peter Paul Cadenholz und dessen Ehefrau Anna Maria geb. Stöck; um 7 1/2 Uhr im Dom Jahramt für Frau Anna Maria Stöck. 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Andreas Brühl und dessen Ehefrau Anna Maria geb. Müller.

Freitag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Ernestine Abt und Angehörige; 7 1/2 Uhr im Dom Jahramt für Karl Hill; 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Katharina Lehnard und ihre Eltern.

Samstag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche f. Jahramt für Anna Maria Fadinger geb. Grimm; 7 1/2 Uhr im Dom Jahramt für Gymnasialdirektor Karl Beckmann; 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Maria Anna Diehl und Angehörige. Um 4 Uhr nachmittags Gelegenheit zur hl. Beichte.

### Ämtlicher Teil.

(Nr. 133 vom 14. Juni 1920.)

#### Verordnung

über Erhebung des Freigeldes unter Abweichung von den Vorschriften des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 26. Juli 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 887). Vom 7. Mai 1920.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft vom 17. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 394) wird von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und des von der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung gewählten Ausschusses folgendes verordnet:

#### Artikel I.

Das Gesetz über das Branntweinmonopol vom 26. Juli 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 887) wird bis auf weiteres wie folgt geändert:

§ 1. An Stelle des § 117 tritt folgende Vorschrift: Gewerbmäßig im Inland hergestellter Trinkbranntwein den nicht die Monopolverwaltung hergestellt hat, sowie vom Ausland eingehender Trinkbranntwein unterliegt, wenn er zum Verbrauch im Inland bestimmt ist, einer besonderen in die Reichsliste stehenden Abgabe von 3 Mark für das Liter Weingeist (Freigeld).

§ 2. An Stelle des § 118 tritt folgende Vorschrift: (1) Zur Entrichtung des Freigeldes ist verpflichtet, wer freigelegten Trinkbranntwein gewerbmäßig herstellt oder wer ihn aus dem Ausland einführt.

(2) Die Freigeldschuld entsteht für im Inland hergestellten Trinkbranntwein, sobald er aus der Herstellungstätte entfernt oder innerhalb der Herstellungstätte getrunken wird.

(3) Das Freigeld wird am letzten Tage des Monats, in dem die Freigeldschuld entstanden ist (Abs. 2), zahlbar und am 7. Tag des nächsten Monats fällig. Wird das Freigeld wiederholt nicht rechtzeitig entrichtet oder liegen Gründe vor, die den Eingang des Freigeldes gefährdet erscheinen lassen, so kann die Bezahlung oder Sicherstellung des Freigeldes bei Entstehung der Freigeldschuld gefordert werden.

(4) Die Freigeldschuld für aus dem Ausland eingeführten Trinkbranntwein, entsteht mit der Grenzüberbreitung; das Freigeld wird fällig, sobald der Trinkbranntwein zum freien Verkehr abgefertigt ist.

(5) Der freigelegte gewordene Trinkbranntwein ist nach näherer Bestimmung des Reichsministers der Finanzen der Steuerbehörde schriftlich anzuzeigen.

(6) Wird Trinkbranntwein an andere als Verbraucher abgegeben, so ist dem Abnehmer eine Rechnung zu beibringen.

§ 3. An Stelle von § 119 tritt folgende Vorschrift: Von der Entrichtung des Freigeldes befreit ist Trinkbranntwein, der:

a. unter amtlicher Aufsicht ausgeführt wird, b. im eigenen Haushalt des Besitzers einer Abfindungs- brennerei oder eines Stoffbesizers verwendet oder ohne besondere Entschädigung an die in dem Haushalt oder in dem Betriebe des Brennerei- oder Stoffbesizers beschäftigten Personen zum eigenen Verbrauch abgegeben wird (Hausbrand), c. in der Herstellungstätte von dem Besitzer des Betriebs oder seinen Angehörigen genossen wird, lediglich um den Trinkbranntwein auf seinen Geschmack zu prüfen.

§ 4. Der § 120 tritt außer Kraft.

§ 5. § 123 wird wie folgt geändert: Im Absatz 1 tritt an Stelle von Satz 1 folgende Vorschrift:

Freigelegter Trinkbranntwein darf nur in den angemeldeten Räumen gelagert werden.

b. Im Abs. 1 Satz 2 sind die Worte „in geordneter Weise“ zu streichen.

c. An den Schluss des Abs. 1 tritt folgender Zusatz: Andere Waren sollen in die Lager nicht aufgenommen werden.

d. Im Abs. 3 Satz 2 sind die Worte „und die Kleinverkaufsbehälter“ zu streichen.

§ 6. An Stelle von § 125 Satz 2 tritt folgende Vorschrift:

Er ist verpflichtet, den Beamten der Steuerverwaltung seine Vorräte an Waren der bezeichneten Art sowie die hierüber vom Abgeber ausgestellten Rechnungen (§ 118 Abs. 6) zu den üblichen Geschäftsstunden auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 7. An Stelle von § 126 tritt folgende Vorschrift: Wer als Verkäufer freigelegten Trinkbranntwein ohne die dazugehörige Rechnung (§ 118 Abs. 6) empfängt, hat innerhalb einer Frist von drei Tagen der Steuerbehörde Anzeige zu erstatten.

§ 8. § 158 wird wie folgt geändert:

a. In Ziffer 2 Zeile 2 sind die Worte „oder Abfüller“ zu streichen.

b. Ziffer 3 erhält folgende Fassung:

Wenn freigelegter Trinkbranntwein nicht oder unrichtig angemeldet wird (§ 118 Abs. 5.)

c. In Ziffer 4 sind die Worte „mit den erforderlichen Freigeldbezeichnungen nicht versehen ist“ zu ersetzen durch die Worte: „nicht durch die vorgeschriebene Rechnung ausgewiesen ist“.

d. Ziffer 5 ist zu streichen.

e. In Ziffer 6 Zeile 1 sind der Beistrich und das Wort „Abfüllung“ zu streichen.

§ 9. § 174 erhält folgende Fassung:

Freigelegter Trinkbranntwein, der entgegen den getroffenen Bestimmungen in den Inlandsverkehr gebracht wird, unterliegt der Einziehung, gleichviel wem er gehört und ob gegen eine bestimmte Person ein Strafverfahren eingeleitet wird.

§ 10. Die §§ 175 bis 179 treten außer Kraft.

#### Artikel 2.

Der Reichsminister der Finanzen trifft die zur Ausführung der Verordnung erforderlichen Bestimmungen.

#### Artikel III.

Diese Verordnung tritt mit dem ihrer Verkündung folgenden Tage in Kraft. Der Reichsminister der Finanzen bestimmt den Zeitpunkt des Aushangens.

Berlin, den 7. Mai 1920.

Die Reichsregierung.

Müller.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 7. Juni 1920.

Der Landrat: Schellen.

### An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Nach der Polizeiverordnung vom 29. 10. 1907 und 3. 8. 1910 sind die Hausbesitzer verpflichtet, die auf ihren Gebäuden befindlichen Blichleiter längstens alle drei Jahre durch einen Sachverständigen untersuchen zu lassen. Bei der Neuanlage von Blichleitern bedarf es baulicher Genehmigung, die unter Vorlage von Zeichnungen und Beschreibung der Anlagen — wie bei Baugesuchen — hier zu beantragen ist.

Um die vorgeschriebene Prüfung der Blichleiter zu erleichtern, hat der Kreis einen seiner Beamten in diesem Berufszweige besonders ausgebildet lassen. Die Revisionen werden auf Antrag von hier aus veranlaßt. Für die Revision haben die Antragsteller eine in die Kreis-Kommunalkasse fließende Gebühr im Betrage von 10 Mark für jedes Gebäude zu zahlen.

Es empfiehlt sich, die Revision im Frühjahr vor Beginn der gewitterreichen Zeit vornehmen zu lassen.

Bis zum 1. August d. Js. erwartet ich Bericht, ob sämtliche Blichleiter durch einen befähigten Sachverständigen innerhalb der letzten drei Jahre geprüft worden sind.

Limburg, den 7. Juni 1920.

Der Landrat: Schellen.

### Nachtrag

zu den Bestimmungen über die Anstellung und die Pflichten der Bezirks-Schornsteinfeger vom 30. November 1917 (Sonderbeilage zum Regierungs-Amtsblatt Nr. 52).

1. Zusatz zu § 6 vor „Dem Gesellenauschuss der Schornsteinfegerinnung“: „Der Innung und“.

2. Zusatz zu § 28 Absatz 2: „Die Frist ist vom Ablauf des Vierteljahres, in dem der Tod eingetreten ist, zu berechnen“.

3. Zusatz (als Abs. 2) zu § 29: „Jeder Bezirks-Schornsteinfeger hat außerdem innerhalb der gleichen Frist den Nachweis zu erbringen, daß er gegen Notfälle, wie sie sich als Folgen einer von ihm nicht verschuldeten oder herbeigeführten Entlassung (§ 45) einstellen können, bei einer dafür geeigneten Anstalt versichert ist.“

Wiesbaden, den 13. April 1920.

Der Regierungspräsident.

### Nachtrag

zu den Bestimmungen über die Anstellung und die Pflichten der Bezirks-Schornsteinfeger vom 30. November 1917 (Sonderbeilage zum Regierungs-Amtsblatt Nr. 52).

1. Zusatz zu § 3: Dieser Nachweis ist nochmals zu erbringen vom dem Bewerber, dessen Anstellung wegen Unzuverlässigkeit (§ 45 Abs. 1 Ziffer 2 und Abs. 2 Ziff. 1) widerrufen ist.

2. Zusatz zu § 6: Dem Gesellenauschuss der Schornsteinfegerinnung ist auf Erfordern eine Abschrift der Liste zu erteilen.

Wiesbaden, den 7. November 1919.

Der Regierungspräsident.

## Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 im Kreise Limburg.

Verzeichnis der auf die im 21. Wahlkreis für die Wahlen zum Deutschen Reichstag zugelassenen Kreiswahlvorschläge entfallenden Stimmen. (Wahltag 6. Juni 1920.)

Nr.	Gemeinde	I. Wahlvorschlag Schwarz	II. Wahlvorschlag Schäfering	III. Wahlvorschlag Reitm	IV. Wahlvorschlag Delferich	V. Wahlvorschlag Dismann	VI. Wahlvorschlag Kiefer	VII. Wahlvorschlag Scheidemann
1	Limburg	3262	849	2	126	306	676	1076
2	Hadamar	743	38		58	85	148	153
3	Samberg	827	123		78	81	56	148
4	Ahlbach	311			10	16		8
5	Dauborn	2	98		58	23	226	194
6	Dehrn	427	7	1	21	47	4	112
7	Dietkirchen	298	8		5	15	14	107
8	Dombach	82	2			17	2	24
9	Dorchheim	159			3	1	25	20
10	Dorndorf	375		4	24	14	8	17
11	Eisenbach	466	2		10	53	1	31
12	Ellar	259	16			2	49	25
13	Ell	650	21		22	218	33	469
14	Erbach	292	18		1	68	9	130
15	Eschhofen	352	2		8	2	14	148
16	Faulbach	64			1	11	11	5
17	Friedhofen	701	13		4	11	10	83
18	Fussingen	211				1	1	24
19	Gangenmeilingen	94			2	3	28	21
20	Hausen	252		6				39
21	Heringen		34		83	3	150	110
22	Heuchelheim	42			1		36	13
23	Hintermeilingen	226				18	28	45
24	Kirberg	1	48		108	20	219	99
25	Lahr	304	1			3	2	50
26	Langendernbach	486	26		2	9	39	46
27	Lindenholzhäuser	501	11		38	8	2	267
28	Linter		7		106		15	130
29	Malmeneich	62	1			17		12
30	Mensfelden		24		267	9	26	142
31	Mühlbach-Waldmannsh.	119			28	18	2	6
32	Mühlen	69	3			6	14	54
33	Nauheim	10	14		94	14	114	89
34	Neesbach		22		3	2	108	89
35	Niederbrechen	853	19		1	16	16	138
36	Niederhadamar	258	4		7	66	59	164
37	Niederfelters	434	50		1	31	48	228
38	Niederweyer	56				7		7
39	Niederzeugheim	335	6		2	27	19	77
40	Oberbrechen	430	22			77	6	49
41	Oberfelters	204	6			24	1	41
42	Oberweyer	246	3		1	13	1	17
43	Oberzeugheim	252				38	50	41
44	Offheim	278	1			39	1	118
45	Ohren		13		32	14	56	29
46	Schwidernhausen	136	1			6	1	15
47	Staffel	20	34		38	96	78	190
48	Steinbach	230				10	19	95
49	Thalheim	455			1	10	1	18
50	Wersbach	186				2	10	26
51	Willenroth	286	1			19	3	17
52	Würges	316	9			62	19	58
Sa:		16624	1559	13	1244	1658	2447	5813

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 11. Juni 1920.

Der Landrat.



## Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

### Gemüse-Verkauf.

Am Dienstag den 15. Juni, von 2—4 Uhr nachmittags in der städt. Gemüseverkaufsstelle im Hospitalhof Verkauf von Kopfsalat und Kohlrabi. 1(133)  
Städt. Lebensmittelamt.

### Bekanntmachung.

Gemäß § 8 Abs. 1 Ziffer 5 des Gesetzes betr. Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 28. August 1905 ist bei Todesfällen an Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose die Desinfektion gemäß § 19 Ziffer 1 und 3 des Gesetzes betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 anzuordnen. Die polizeiliche Anmeldung der Desinfektion im Falle des Wohnungswechsels von Personen, welche an Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose erkrankt sind, ist dagegen gesetzlich nicht vorgeschrieben.

Befürs Herbeiführung einer wirksamen Bekämpfung der Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose sollen durch eine freiwillige Desinfektion entstehenden Kosten auf die Gemeinde übernommen werden.

Wir bringen dies erneut mit dem Ersuchen zur allgemeinen Kenntnis, in Fällen, in denen Personen, welche an vorgeschrittener Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose leiden, aus ihrer bisherigen Wohnung oder Quartier ausziehen, der Ortspolizeibehörde unverzüglich Mitteilung zu geben, damit die Desinfektion dieser Räumlichkeiten vor ihrer anderweitigen Verwendung vorgenommen werden kann.

Limburg, den 16. April 1920.

11(89)

Die Polizeiverwaltung.

### Grund bei der Polizei anmelden.

Mehrfach wird bei der Polizeiverwaltung das Verlieren von Gegenständen, welche einen mehr oder weniger großen Wert haben, angemeldet, ohne, daß der zweifelslos erfolgte Fund der verlorenen Gegenstände angezeigt wird. Es wird daher hiermit ausdrücklich auf die Bestimmung des § 365 Abs. 2 des bürgerlichen Gesetzbuchs hingewiesen, wonach bei jedem Funde von Gegenständen im Werte von mehr als drei Mark der Finder, falls er den Eigentümer nicht kennt, verpflichtet ist, den Fund unverzüglich der Polizeibehörde anzuzeigen. Die Verwahrung des unbekannten Eigentums genügt also nicht, denn bei Nichtanmeldung des Fundes ist es dem Eigentümer sehr erschwert, wieder zu seiner Sache zu kommen.

Die sofortige Anzeige bei der Polizeiverwaltung ist sowohl durch die Rechtspflicht wie auch durch das Rechtsgefühl erforderlich.

Außerdem steht sich derjenige, welcher einen Fund verheimlicht, dem Verdacht der strafrechtlich zu verfolgenden Unterschlagung (Fundunterschlagung) aus.

Limburg (Lahn), den 30. Januar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Für die Herbstsaat übernehme schon jetzt Bestellungen auf

**Kalkstickstoff,  
Ammonsalpeter,  
Natronsalpeter,  
Schwefelsaures Ammoniak,  
Chlorkalium**

sowie alle sonstigen künstlichen Dünger mit voller Gehaltsgarantie zum billigsten Tagespreise.

Im Interesse der Landwirtschaft ist es geboten, schon jetzt den Herbstdünger zu beziehen, um denselben bei der Aussaat zur Hand zu haben, da es den Werken in der Verbrauchszeit unmöglich ist, alle Aufträge sofort zu erledigen.

**Wilh. Reichel, Hahnstätten.**

2(133)

Fernsprecher Amt Zollhaus Nr. 12.

## Deutsche Warte

Tageszeitung  
für Lebens-, Wirtschafts- und  
Bodenreform  
mit den Beilägen

Land- und Hauswirtschaft — Gesundheitswarte — Jugendwarte — Der Sonntag — Frauenzeitung und tägliches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark

Berlin NW 6.

Haus- und Alleinmädchen, Zimmer- und Küchenmädchen, Köchinnen, Beisöckinnen, Monatsmädchen, Putzfrauen, landw. Mägde und Knechte

bei hohem Lohn für sofort gesucht.

6(131)

**Kreisarbeitsnachweis Limburg.**

Für meinen landwirtschaftlichen Betrieb von 150 Morgen suche ich

**einen tüchtigen erfahrenen Mann**

nicht unter 25 Jahren, der mit Pferden umgehen kann. Nachfragen sind zu richten an **Frau Müller Ww., Hof Schwidershausen** bei Camberg. 7(132)

### Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-Deutschlands bedeutendste Zeitung:

## Das Hamburger Fremdenblatt

Hambels- und Schiffs-Nachrichten  
und Kupferdruck-Beilage  
Rundschau im Bild

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:  
Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):  
monatl. M. 6.—, vierteljähr. M. 18.—  
Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):  
monatl. M. 5.—, vierteljähr. M. 15.—  
Probenummer kostenfrei n. portofrei.

Weit über 150000 Abonnenten.

## Aufruf

### zur Bekämpfung der Geschlechts- krankheiten.

Im Deutschen Reich ist eine erschreckende Vermehrung der Geschlechtskrankheiten eingetreten und es werden die Familien und damit der Gesundheitszustand unseres gesamten Volkes aufs äußerste bedroht. Die energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist daher dringend erforderlich.

Diese Krankheiten werden nicht nur durch den Geschlechtsverkehr, sondern auch auf mancherlei andere Art verbreitet.

Alle Geschlechtskrankheiten sind sicher heilbar, wenn sie frühzeitig in Behandlung kommen, d. h. früher, als eine Allgemeinerkrankung des Körpers zustande gekommen ist. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Geschlechtskranken möglichst früh in ärztliche Behandlung kommen.

Nur die Ärzte sind in der Lage, die Geschlechtskrankheiten rechtzeitig zu erkennen und erfolgreich zu behandeln. Man zögere daher nicht, bei verdächtigen Haut- und Schleimhauterkrankungen sofort einen Arzt um Rat zu fragen.

Kranken, welche die ärztliche Behandlung nicht bezahlen können, kann kostenfreie ärztliche Behandlung zuteil werden.

Der Vorsitzende des  
Kreis-Ausschusses:  
**Schellen,  
Landrat.**

Namens der Ärzte von  
Limburg und Umgebung:  
Der Kreisarzt  
**Dr. Genbaum, Medizinalrat.**

## Wirksames Inserationsorgan

ist der in

**LIMBURG (Lahn)**

im 83. Jahrgang  
tägl. erscheinende



Gegründet  
1888.

**„Limburger Anzeiger“**  
Amtl. Kreisblatt.

1888  
gegründet.

## Anzeigenblatt

für die Bewohner

Limburgs und der Landgemeinden  
in u. ausser dem Kreise Limburg.

Bezugspreis 3,60 M. monatlich.

## Weiße- u. Rotweine

offertiert in Faß und Flaschen

Küferei und Weinhandlung

**Karl Gemmer,**

Tel. 379.

Auße 1 4, hinter der Turnhalle.

Bei allen Anfragen und Mitteilungen, die eine Anzeige unv. Bl. betreffen, ist es unbedingt erforderlich, daß die jeder Anzeige beige druckte Nummer — z. B. 3(42) — angegeben wird. Anfragen ohne die Nummerangabe können in keinem Falle beantwortet werden.

Die Geschäftsstelle.

Handwerker  
Gewerbetreibende

erhalten Auskunft Rat und Hilfe in allen Angelegenheiten:  
Wirtschaftsfragen  
Rechtsbeschaffung  
Rechtliche Beratung  
Steuersachen  
Rechtsfragen  
Technisches Rat  
Forderungen  
Buchführung

durch die Geschäftsstelle  
des Kreisverbandes  
für Handwerk und  
Gewerbe  
Limburg a. Lahn  
im Schloss Farnst 306

## Ein selbständ. Bader

für sofort gesucht. 2(132)  
**Ernst Siefer, Zollhaus**  
(Hammermühle).

Älteres Mädchen  
tätig für Küche- und Hausgehilfe.

**Frau Anna Groß,**  
18(132) Frankfurterstr. 71

Einige Morgen gutes

## Gras

auf dem Halm zu verkaufen. 9(13)  
Näheres Schlenker 12

Schöne, starke Tabak-  
pflanzen Freiland und  
Kiste, empfiehlt billigst  
19(133) M. Thul, Limburg  
Weiersteinst 18

**Großer  
politischer  
Nachrichten-  
dienst  
Vossische  
Zeitung**  
Berlin

Monatlicher Bezugspreis  
M. 14.—

15-25 Mark

garantiert dauernd. Ag-  
Verdienst f. jedermann, der  
hoh. Portospesen. Le-  
saubere, angenehme, hoh.  
Arbeit. — Kein Wiederver-  
— Bitte um Adresse.

**Glimmerkarten-Zentrum**  
R. Bach, Chemnitz

## Arbeitsbüch

zu haben in der  
Kreisblatt-Druckerei